

# Klimaplan Rheinland- Pfalz



Klimaliste RLP e.V.

---

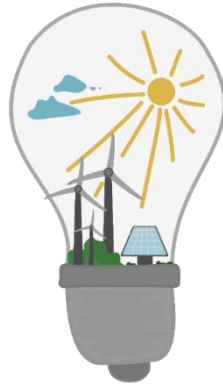


## Sektorenübergreifendes

Die wichtigste Frage bei politischen Entscheidungen ist nicht "spart es CO<sub>2</sub>?" sondern: "ist es ein Schritt in Richtung Null Emissionen?" Daraus ergeben sich folgende allgemeine Forderungen:

- Die Landesregierung legt ein Treibhausgas-Budget fest, das mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommen vereinbar ist. Das Treibhausgasbudget für das jeweils kommende Jahr wird - zusammen mit dem Haushaltsplan - bindend, und auf Sektoren aufgeteilt, festgelegt. Somit muss bei jeder politischen Entscheidung die Kompatibilität mit dem aktuellen Treibhausgas-Budget geprüft werden. Die Ergebnisse werden öffentlichkeitswirksam verbreitet, so dass jede\*r Bürger\*in in Rheinland-Pfalz den aktuellen Stand nachvollziehen kann.
- Klimaschutz gehört in die Landesverfassung: Das Pariser Klimaabkommen sowie das entsprechende CO<sub>2</sub>-Budget für Rheinland-Pfalz soll im Wortlaut rechtlich festgeschrieben werden.

- Klimaschutz wirtschaftlich machen: Alle landeseigenen Unternehmen und Einrichtungen sollen bei sämtlichen Entscheidungen und Ausgaben mit einem CO<sub>2</sub>-Schattenpreis von 195 € pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente rechnen. Das bedeutet, dass immer so entschieden wird, als wären die Kosten der Folgeschäden mit eingepreist.
- Finanzielle Mittel für Klimaschutz und Klimawandelanpassung: Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft benötigt große Investitionen, spart aber langfristig finanzielle Ressourcen ein. Alle vom Land beeinflussbaren Förderstrukturen werden auf Klimaschutzmaßnahmen konzentriert.
- Klimaschutz und Klimawandelanpassung als Pflichtaufgabe für Kommunen: Klimaschutzmanager\*innen werden dauerhaft in jeder Kommune eingesetzt, um die notwendigen Maßnahmen und Pläne für Klimaschutz und Klimawandelanpassung entsprechend der lokalen Gegebenheiten zu erarbeiten und umzusetzen.
- Klimaneutrale Quartiere: In enger Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen werden Quartiere klimaneutral und nachhaltig gestaltet, integrierte Quartierslösungen partizipativ und inklusiv geplant und umgesetzt.
- Bürger\*innenbeteiligung fördern: Eine Transformation von Rheinland-Pfalz in ein klimaneutrales Bundesland wird nur gemeinsam und in engster Zusammenarbeit mit der Bevölkerung gelingen. Ziel ist es, die regional beste und von der Bevölkerung bevorzugte Ausgestaltung von Projektvorhaben zu identifizieren.
- Wir werden uns ebenso dafür einsetzen, dass wichtige Entscheidungen in Bürgerräten besprochen und die darin erzielten Ergebnisse von der Politik umgesetzt werden.
- Bürokratie abbauen: Durch die Digitalisierung von Formularen und eine digitale Vernetzung der Behörden werden bürokratische Prozesse vereinfacht und stark beschleunigt. Auch Arbeitskapazitäten werden frei.



## Energie

Die Energieversorgung in Rheinland-Pfalz sollte auf ausschließlich erneuerbaren Energien basieren und durch intelligente Netze sowie Speichertechnologien dauerhaft sichergestellt sein.

### **Windenergie**

- Die Vorranggebiete in Rheinland-Pfalz werden ausgeweitet.
- Durch entbürokratisierte und digitale Genehmigungsverfahren wird der Ausbau der Windenergie beschleunigt.
- Pauschale Abstandsregelungen, die die technische Aufrüstung (Repowering) bremsen, werden abgeschafft.
- Beim Repowering müssen nur vereinfachte Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden.
- Bürger\*innen in unmittelbarer Nähe zu Windkraftanlagen erhalten einen finanziellen Ausgleich.
- Gemeinden, die an Windkraftanlagen im Landesforst grenzen, erhalten eine Dividende.
- Zur Steigerung der finanziellen Partizipation werden Energiegenossenschaften gefördert.

### **Photovoltaik**

- Das Land finanziert 1 kWp (Kilowatt peak) pro Bürger\*in, wahlweise als Förderung zu einer Mindestinstallation auf dem Dach oder in landeseigenen Solarparks.
- Alle Neubauten unterliegen einer Solarpflicht (siehe Gebäude).
- Für die doppelte Flächennutzung bei Agro-Photovoltaik werden die baurechtlichen Rahmenbedingungen (Privilegierung im Außenbereich) sowie die Förderrichtlinien geändert.

### **Quartierslösungen**

- Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierslösungen werden geschaffen.
- Semizentrale Batterien als Kurzzeitspeicher und Blockheizkraftwerke (BHKWs) als saisonale Langzeitspeicher werden gefördert.
- Produktionsspitzen werden zur Herstellung von grünem Wasserstoff genutzt, der zum Betrieb der BHKWs eingesetzt wird.
- Die Förderung von Nah- und Fernwärmenetzen wird ausgebaut.
- Lokale Stromvermarktung soll ermöglicht werden.



## Gebäude

Die Gebäude der Zukunft besitzen begrünte Elemente, bestehen aus natürlichen und recycelbaren Baustoffen, sind energetisch von höchstem Standard und werden in ihrem Energieverbrauch mithilfe intelligenter Technologien gesteuert.

### **Neubau**

- Mit der Ökobilanzierung im Neubau sind auf Basis digitaler Bauanträge alle über den gesamten Lebenszyklus verursachten CO<sub>2</sub>-Äquivalente bilanziell zu erfassen und durch Fassaden- oder Dachbegrünung, die Installation von EE-Anlagen oder anderen Maßnahmen auszugleichen.
- Der Passivhausstandard ist anzuwenden.
- Ökologische Baustoffe werden finanziell gefördert.

- Alle neuen Gebäude unterliegen einer Solarpflicht, sofern keine anderen EE-Anlagen, die die Ökobilanzierung ausgleichen, installiert werden.
- Die Pflicht zur Errichtung von PKW-Stellplätzen wird in der Landesbauordnung aufgehoben.

### **Bestand**

- Die langfristige Klimaneutralität im Bestand wird durch Ökobilanzierung von Um- und Ausbaumaßnahmen sowie die Erstellung eines Sanierungsfahrplans sichergestellt.
- Förderprogramme zur energetischen Sanierung im Bestand werden ausgeweitet.
- Der landeseigene Gebäudebestand wird bis 2026 klimaneutral.
- Für gewerbliche Dächer, die keinen Beitrag zur Energiewende oder Biodiversität leisten, muss eine Dachabgabe entrichtet werden.
- Mietwohnungstausch ohne Änderung vertraglicher Rahmenbedingungen soll ermöglicht werden.
- Die Verwendung steuerbarer Quartierspeicher zur Sicherstellung einer dauerhaften Wärmeversorgung und der Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen werden gefördert.
- Die starke Versiegelung von Flächen und Einschränkung der Biodiversität ist nicht weiter gestattet.



## Mobilität

In einer klimagerechten Welt sind fuß- und fahrradgerechte Orte ebenso selbstverständlich wie die flächendeckende und praktische Verbindung von ländlichem Raum und Stadt. Der Vorrang von motorisiertem Individualverkehr und laute, verpestete Innenstädte gehören der Vergangenheit an.

### **Ticketfreier Nahverkehr**

- Langfristig sind keine Tickets mehr für Fahrten im ÖPNV notwendig. Durch den Umstieg vom PKW zum ÖPNV kann ein großes Einsparpotential an Treibhausgasemissionen ausgenutzt werden.
- Die Finanzierung erfolgt durch Bund, Länder, Verkehrsunternehmen und Kommunen. ÖPNV wird zur kommunalen Pflichtaufgabe und kann über einen allgemeinen Beitrag von allen Bürger\*innen gestemmt werden. Es herrscht vollständige Kostentransparenz.

- Die Infrastruktur wird flächendeckend und lückenlos ausgebaut, sodass alle Bürger\*innen Zugang erhalten, Vorrang hat der ländliche Raum.
- Personal und Taktung werden so erhöht, dass mindestens Fahrten im Halbstundentakt (ländlicher Raum) bzw. im 5 – 10 Minuten-Takt (Städte) angeboten werden können.
- Lücken in der Reisekette werden beispielsweise durch intelligente Sharing-Angebote und Sammeltaxidienste geschlossen.

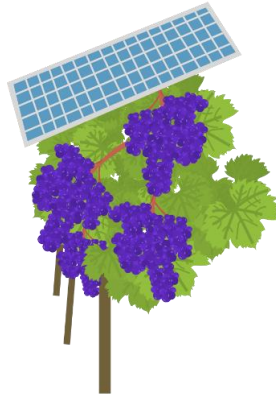
### **Reaktivierung und Elektrifizierung von Schienenwegen**

- Bis 2025 werden 418km bereits vorhandene Schienenwege reaktiviert und elektrifiziert.
- Ebenso werden bis dahin alle potentiellen vorhandenen Schienenstrecken elektrifiziert (382km).
- Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien im Schienenverkehr auf 100% gesteigert werden.
- Durch die Einführung von Güterverkehrszentren werden Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit der Logistikbranche erhöht.
- Intelligente Abstimmungen zwischen unterschiedlichen (klimafreundlichen) Verkehrsmitteln verringern unnötige Transportwege und verbessern die Gesamt-Umweltfreundlichkeit.

### **Öffnung von Straßen für alle Verkehrsmittel**

- Der motorisierte Individualverkehr wird durch den Aus- und Neubaustopp, die Einführung einer PKW-Maut und effizientere Parkraumbewirtschaftung aktiv reduziert.
- Als Alternative wird insbesondere auch der Radverkehr durch ein verbessertes Radwegenetz gefördert und öffentliche Räume werden durch Verkehrsberuhigung für alle lebenswerter.

## Ökologie



Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz hat die Möglichkeit, sich positiv auf Klima und Artenvielfalt auszuwirken. Um diese Möglichkeit voll auszuschöpfen, werden wir folgende Maßnahmen durchsetzen.

- Um die großen ungenutzten Potentiale zur CO<sub>2</sub>-Speicherung zu nutzen, wollen wir den Humusaufbau mit 195€/Tonne langfristig gespeichertes CO<sub>2</sub> vergüten. Humus erhöht zudem die Wasserspeicherkapazität des Bodens sowie die Bodenfruchtbarkeit.
- Den Wandel zu einer regenerativen Landwirtschaft wollen wir anstoßen, indem wir bis 2030 40% der Landwirtschaft auf ökologische Bewirtschaftung umstellen und Agroforstsysteme fördern. Konventionelle Betriebe sollen dabei unterstützt werden, die Ausbringung aller nicht im Ökolandbau zugelassenen Pflanzenschutzmittel um 50% zu reduzieren. Hierzu müssen besonders in der Ausbildung ökologische Bewirtschaftungsweisen stärker thematisiert werden.
- Rheinland-Pfälzische Böden sind mit Stickstoff übersättigt. Auch hier hilft uns Humusaufbau, Spitzen in der Ausbringung abzufedern. Außerdem wollen wir die rechtlichen Regelungen und die digitalen Unterstützungsmöglichkeiten reformieren.

- Der Bau von Agrophotovoltaik-Anlagen soll bürokratisch vereinfacht werden.
- Jede Kommune wird dabei unterstützt, ein Biotop einzurichten. So wollen wir mehr Lebensräume schaffen und besser vernetzen.
- Wir wollen große Flächenversiegelungen in Städten verbieten und rückgängig machen, und die Renaturierung von Gewässern fördern, um Starkregenereignissen und Hochwasser vorzubeugen.
- Die Einführung eines Klima- und Tierwohl-Labels sowie eines Nutri-Scores auf Lebensmitteln soll dabei helfen, die Haltungsbedingungen von Nutztieren zu verbessern und Futterimporte aus dem Ausland zu reduzieren. Pflanzliche Alternativen sollen nicht mehr höher besteuert werden, als tierische Produkte.

## Forstwirtschaft

Um auch zukünftig noch gesunde Wälder zu haben, müssen wir diese resilienter gestalten. Um das zu gewährleisten, haben wir folgende Forderungen verfasst.

- Wir wollen aufforsten, um CO<sub>2</sub> zu binden und mehr Holz als Baustoff zu gewinnen. Deswegen werden wir die Pflanzung von Bäumen mit 2€/Baum fördern. Bei der Bewaldung von Flächen muss allerdings stark auf Biodiversität geachtet und auch zukünftige klimatische Bedingungen bedacht werden. Genaue (Wieder-)Bewaldungspläne müssen daher vor Ort ausgearbeitet werden.
- Die Kaskadennutzung von Holz muss stark erhöht werden, um den Energiegehalt möglichst effizient zu nutzen.
- Kommunen und Privatpersonen sollen dazu ermutigt werden, das BAT-Konzept für Schadholz auch in ihren Waldgebieten umzusetzen. Holz, welches nicht nach BAT im Wald verbleiben kann, soll vorwiegend in Pyrolyseanlagen verwertet werden.



## Ökonomie

Unsere Vision ist eine regional ausgerichtete Wirtschaft, die nicht an bedingungslosem Wachstum orientiert ist, sondern die Lebensqualität der Menschen in Rheinland-Pfalz erhöht und gleichzeitig unsere natürlichen Lebensräume und deren Funktionen bewahrt. Deshalb streben wir eine ganzheitliche und klimaneutrale Wirtschaftsstrategie an, bei der Unternehmen gemeinwohlorientiert agieren.

### **Klimaneutrale Industrie**

- Um Klimaneutralität zu erreichen, wollen wir alle fossilen Brennstoffe durch klimaneutrale Brennstoffe wie Wasserstoff ersetzen sowie die Prozesse so weit wie möglich elektrifizieren und auf erneuerbaren Strom umstellen. Das erreichen wir durch eine Zertifizierung der Klimaneutralität von Unternehmen, schnelleren Ausbau von erneuerbaren Energien, einen schnellen Umbau der Erdgasnetze in Wasserstoffnetze sowie den Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur.

### **Vernetzung, Beratung und Innovation**

- Rheinland-Pfalz wird zur Learning-Economy: Durch räumliche Nähe und Konzentration bestimmter Branchen an einem Ort können Transaktionskosten eingespart und Spezialisierungs- sowie Skalenvorteile erzielt werden, wodurch vor allem kleine und mittelständische Unternehmen profitieren.

### **Kreislaufwirtschaft**

- Der Rohstoffverbrauch soll gesenkt und in einem Rohstoffkreislauf gehalten werden (Stichwort Industrial Symbiosis), sodass "Müll" immer als wertvoller Rohstoff wahrgenommen wird.
- Verbraucher\*innen werden durch Tausch- und Reparaturbörsen, Leihläden, und Informationen zur klimafreundlichen Nutzung elektronischer Geräte miteingebunden.

### **Vorbereitung einer sozial-ökologischen Transformation**

- Ausgaben des Landes werden nach den Prinzipien des True Cost Accounting (TCA) bilanziert, sodass externe Effekte monetär abgebildet werden.
- Firmen werden durch ein Auszeichnungssystem auf gemeinwohl-ökologische Standards ausgerichtet und geprüft.

Ehrenamtliches, künstlerisches, subsistentes und fürsorgliches Schaffen (sogenannte Care-Tätigkeiten) müssen in einem zukunftsfähigen Rheinland-Pfalz mehr Anerkennung erfahren.



## Bildung

Die Stärkung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) ist Voraussetzung für einen Weg aus der Klimakrise. Dies gilt für alle Bereiche: Schule, Hochschule und berufliche Aus- und Fortbildung. Nur so können alle Bürger\*innen die damit verbundenen Probleme erkennen und gemeinsam bewältigen.

### **Schulische Bildung**

- An den Schulen soll die BNE aktiv vorangetrieben werden.
- Beispielhafte Maßnahmen sind die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien, Einplanung von Unterrichtszeit und Bereitstellung personeller Ressourcen.
- Grundsätzlich unterstützen wir das gemeinsame Lernen aller Schüler\*innen an einer Schulform.
- Wir fordern auch finanziell eine Stärkung des rheinland-pfälzischen Bildungsangebots.

- Die Einführung eines vollständigen Zentralabiturs lehnen wir zugunsten von kreativen und individualisierten Lernangeboten mit einem Fokus auf überfachlichen Kompetenzen ab.

### **Hochschulen**

- An den Hochschulen sollen ebenso Veranstaltungen zur BNE Eingang in das Lehrveranstaltungsangebot finden, dies gilt insbesondere für alle lehramtsbezogenen Studiengänge.
- Eine bessere und gerechtere Finanzierung der Hochschulen in den Bereichen Lehre und Forschung ist die Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

### **Berufliche Bildung**

- In der beruflichen Bildung soll BNE einen zentralen Stellenwert einnehmen. Inhaltliche Schwerpunkte müssen unter anderem sein: soziale, ökologische und ökonomische Aspekte der Berufsarbeit und die lokalen, regionalen und globalen Auswirkungen bei der Herstellung von Produkten und der Erbringung von Dienstleistungen.
- Kommunen sollen durch Klima-Coachings beraten und unterstützt werden.
- In allen Branchen werden klimabezogene Fortbildungen zur Förderung von Umweltbewusstsein und nachhaltigem Handeln angeboten.





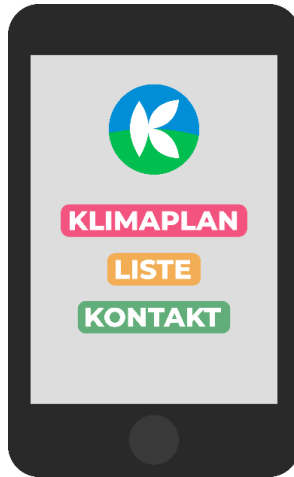
## Soziales

Klimaschutz lässt sich nicht ohne die Berücksichtigung gesellschaftlicher und sozialer Aspekte umsetzen. Besonders zentral ist hierbei, die Perspektive des Globalen Südens einzunehmen, für den die Klimakrise jetzt schon existenzbedrohlich ist. Daraus folgen Verantwortlichkeiten und Maßnahmen, die die Lebensgrundlage aller Menschen nachhaltig erhalten oder neu aufbauen.

Darüber hinaus streben wir Gleichberechtigung und Teilhabe in allen Lebensbereichen an, sodass in unserer Gesellschaft die Grundlage für menschenwürdiges Leben und Partizipation der gesamten Bevölkerung geschaffen wird. So ergeben sich unsere Forderungen:

- Erweiterung der rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitsstrategie.
- Die Schaffung von sozialem Wohnraum.
- Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 € sowie die Einführung eines Maximallohns
- Die aktive Beteiligung am Diskurs über Modelle wie dem sozialen Grundeinkommen.

- Schutz und Prävention gegen Gewalt und Extremismus sind stärker zu fördern.
- Des Weiteren muss eine breite Aufklärung der Öffentlichkeit über Themen wie sowohl Rassismus als auch Feminismus, Queerness und Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.
- Über eine Bevorzugungsquote in politischen Gremien, Gehältertransparenz und vorurteilsfreie Bewerbungen soll angemessene gesellschaftliche Repräsentation gewährleistet sein.
- Die Herausforderungen, die Migration und Flucht mit sich bringen, bewältigen wir sowohl durch Präventionsmaßnahmen, als auch durch ein Landesaufnahmeprogramm Rheinland-Pfalz, die Erleichterung legaler Zuwanderung, sowie die Einhaltung von Menschenrechten bei allen ablaufenden Prozessen.
- Bürokratische und rechtliche Hürden, die eher Ungleichheit schaffen, als für Gerechtigkeit zu sorgen, müssen genommen, sowie Ehrenamtsinitiativen gefördert werden.
- Kulturelle und sportliche Angebote wollen wir über Förderungen inklusiv gestalten und somit für alle zugänglich machen.



## Digitalisierung

Wir stehen für eine Gestaltung der Digitalisierung, bei der Zukunftsfähigkeit, Inklusion, Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit in allen Bereichen mitgedacht werden. Zudem bietet Digitalisierung die Chance Treibhausgasemission zu reduzieren z.B. virtuelle Mobilität statt realer Pendelwege, die Effizienzsteigerung industrieller Prozesse, nachhaltige Gerätenutzung und die Beschleunigung von dringenden Prozessen, wie Vergabeverfahren.

- Flächendeckender Glasfaser- und 5G-Ausbau ist die Voraussetzung für flexible und mobile Arbeits- und Bildungskonzepte und damit eine Reduktion von Pendler- und Dienstwegen und bietet die Chance zur Stärkung des ländlichen Raums.

- Behördengänge per Mausklick: Durch den Ausbau kostenfreier, digitaler Angebote und Leistungen wird die Verwaltung bürgernäher, effizienter und transparenter gestaltet. Gleichzeitig können solche Strukturen genutzt werden, um es allen Bürger\*innen zu ermöglichen, in lokale Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden.
- Die Förderung von freier, quelloffener Software (Open Source) und eine konsequente Open Data-Strategie mit offenen Schnittstellen: Damit kann z.B. eine gemeinsame digitale Mobilitätsplattform für Nahverkehr, Car- und Bikesharing geschaffen werden.
- Digitaloffensive in der Bildung: Digitale Medien im Schulunterricht ermöglichen neuartige Lern- und Lehrmethoden. Essentiell ist Vermittlung von Kompetenzen im verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien.
- Reparieren statt Wegwerfen: Ausbau lokaler Reparaturangebote wie Repair-Cafés, Weiterverwendungsangeboten und Recyclingketten für Altgeräte.



## Gesundheit

Durch die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen kann auch der Gesundheitssektor deutlich entlastet werden. So werden Klimafolgekosten reduziert und gleichzeitig durch Investitionen wichtige Bereiche gestärkt.

### **Hitzeprävention**

- Es sollen Hitzeaktionspläne und Hitzewarnsysteme etabliert werden. Besonderer Fokus soll dabei auf gesundheitliche Einrichtungen - insbesondere Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime sowie Kindergärten - gelegt werden. Auf Landesebene wird dafür eine zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet. Auf kommunaler Ebene sollen dezentrale Koordinierungsstellen etabliert werden.
- Ein Monitoring über die gesundheitlichen Auswirkungen einer Hitzeperiode sowie weiterer, gesundheitlicher Klimawandelfolgen wird etabliert.
- Arbeitgeber erhalten Anpassungsmaßnahmen und Leitfäden zur Hitze-Prävention und -Reduktion am Arbeitsplatz.

- Es wird Aufklärungskampagnen für die Bevölkerung geben. Dabei wird ein Fokus auf die Zusammenhänge zwischen Klima und Gesundheit gelegt.
- Medizinisches Personal soll geschult werden.

### **Städtebauliche Maßnahme zum Hitzeschutz**

- Gesundheitsämter bekommen ein stärkeres Mitspracherecht bei kommunalen Planungsvorhaben, was städtebauliche Maßnahmen zur Hitzereduktion betrifft.
- Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen in Städten werden berücksichtigt und erhalten.
- Grün- und Wasserflächen werden geschaffen, um zur Kühlung beizutragen.

### **Psychische Gesundheit**

- Es wird eine deutliche Erhöhung der Kapazitäten von Psychotherapeut\*innen und psychiatrischen Fachkliniken geben, sodass eine orts- und zeitnahe Versorgung aller Patient\*innen garantiert ist.
- Es werden psychologische Notfallpläne nach Großschadensereignissen erstellt, um posttraumatische Belastungsstörungen vorzubeugen.

### **Feinstaub**

- Grenzwerte von Partikeln der Klassen PM<sub>2,5</sub> und PM<sub>10</sub>, NO<sub>x</sub> und Ozon sollen an die Empfehlung der WHO angepasst werden.
- Außerdem wird das Monitoring vor allem an Hauptverkehrsstraßen und Ballungsräumen ausgebaut.

## Impressum

Klimaliste RLP e.V.  
z. Hd. Greta Waltenberg  
Taunusstraße 83  
55118 Mainz

[www.klimalisterlp.de](http://www.klimalisterlp.de)



## Soziale Medien



@KlimalisteRLP



@klimalisterlp



Klimaliste RLP e.V.